Gut zwei Wochen vor der Amtseinsetzung wir »der neue Gmünder Stadtvorstand«, der zuvor zwölf Jahre Stadtschultheiß und Bürgermeister in Laupheim war, in der Rems-Zeitung vorgestellt. (Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd, Zeitungsausschnitt Rems-Zeitung vom 19.10.1934)

Nr. 248 — Zweites Blatt

Rems-Z

Aus Gmünd und Umgebung

R. Z. 1934. Schwäb. Gmünd, 19. Oktober

Der neue Gmünder Stadtvorstand

Bürgermeister Franz Konrad in Laupheim

*

(Durch geschätzte Beziehungen ist es uns gelungen, von dritter Seite ein Bild des neuen Stadtvorstands zu erhalten.)

Wie verlautet, erfolgt die Amtseinsetzung des neuen Stadtvorstands anfangs November in Verbindung mit dem am 4. November vorgesehenen Kreiskongreß der NSDAP.

unter der sogenannten Augustinerregel zusammengefaßten Ordens (Mönchsvereins) der Augustiner-Eremiten beziehen. Aber diese Erinnerung tritt heute zurück. Augustinus selbst, der mit der Gründung dieses Ordens nichts zu tun hat, beherrscht das Blickfeld. Und dieser große Mann darf gewissermaßen als Heiliger sowohl der evangelischen als der katholischen Kirche gelten. Er war ein durch und durch katholischer Mann: „Ich würde dem Evangelium nicht glauben, wenn mich nicht die Autorität der katholischen Kirche dazu veranlaßte," ist eines seiner bedeutsamen Worte. In seiner Schrift „Ueber den Gottesstaat" begründete er die Lehre von der allein seligmachenden und weltbeherrschenden Kirche. Aber auf der anderen Seite war Augustinus durch seine Betonung der „Rechtfertigung allein aus Gnaden" auch ein evangelischer Christ. Seine berühmten „Confessionen" zeigen uns, wie er zu tief der Sünde Kraft an sich erfahren hatte, um die Ohnmacht des menschlichen Willens und die Bedeutung der göttlichen Gnade zu verkennen. Darum hat Martin Luther in gleicher Not während seiner Klosterzeit zu Augustins Schriften gegriffen und in seiner Lehre von Gottes Gnade Trost und Rat gefunden.

Augustinus ist es wert, daß sein Name auch in der heutigen Zeit neu erstehe. Auch der Mensch der heutigen nationalen Bewegung kann seinen Lieblingsspruch sich zu eigen machen: „Was hast du, das du nicht empfangen hättest?" Und dieser Name ist ein Bindeglied für beide christliche Konfessionen. Möchte so die neue Bezeichnung dieser Kirche, die füglich unter den ehrwürdigen Schmuckstücken unserer Stadt aufgeführt werden darf, bei den heute gerade auf kirchenpolitischem Gebiet aufgetretenen bedauerlichen Gegensätzen ein Ruf zum Frieden werden, daß wir, jeder in seiner Art, die reichen Schätze früherer Jahrunderte heben und nützen. K

Märchenspiel in St. Josef

Zu Ehren des Herrn Taubstummenoberlehrers Schmid, der diesen Herbst sein 40jähriges Lehrerjubiläum begehen konnte, hielt Taubstummenanstalt am gestrigen Abend e

»DER GEGEBENE MANN FÜR SCHWÄBISCH GMÜND«

Franz Konrad, Oberbürgermeister in Schwäbisch Gmünd von 1934 bis 1945

»Auf dem Grund, den er [gemeint ist der kommissarische Stadtvorstand in Gmünd, Regierungsrat Dr. Haegele] gelegt hat, wird OB Konrad … weiterbauen können … damit man in nicht zu ferner Zeit statt vom Notstandsgebiet vom Wohlstandsgebiet Gmünd sprechen kann. In dieser Hoffnung rufen wir unserem neuen Stadtvorstand, dem ersten nationalsozialistischen Oberbürgermeister Gmünds ein herzliches Glückauf! und Heil Hitler! zu!« So der Willkommensgruß für den neuen, von der Gauleitung Württemberg in Stuttgart bestimmten, nicht von der Bevölkerung gewählten Gmünder Oberbürgermeister Franz Konrad.[1] Die Tatsache, dass Konrad nicht gewählt, sondern von der Gauleitung bestimmt wurde, zeigt, welches Vertrauen die NSDAP, deren Mitglied Konrad seit dem 1. Mai 1933 war, in ihn setzte. Ab November 1933 war Konrad Sturmführer der SA-Standarte 121, 1941 Obersturmführer der SA.[2] Vor seinem Eintritt in die NSDAP war Konrad Mitglied der Zentrumspartei. Eine Mitgliedschaft nach dem Krieg in der CDU lässt sich, laut Auskunft der Abteilung Schriftgutarchiv der Konrad-Adenauer-Stiftung, nicht mehr feststellen. Fest steht aber: Konrad wurde beim Wahlkampf 1948 von großen Teilen der CDU unterstützt.

Am Rande sei bemerkt, dass der Gmünder Gemeinderat am 13. August davon Kenntnis nahm[3], dass sich elf Männer um den Posten des Stadtvorstandes in Gmünd beworben hatten; Konrad war nicht darunter. Er war damals Bürgermeister in Laupheim, Kreis Laupheim. Über seine Tätigkeit dort berichtet die »Remstal-Post«: »Aus verschiedenen Bemerkungen kann man entnehmen, dass die Stadtverwaltung in Laupheim von je bestrebt war, nationalsozialistische Gesinnung zu verwirklichen.«[4]
An dieser Stelle ein interessanter, bisher nicht bekannter Aspekt: Konrad hatte sich um die Stelle des Oberbürgermeisters in Friedrichshafen beworben, er wollte gar nicht nach Gmünd. Der Gemeinderat Laupheim (Konrad war dort vom 23. April 1924 bis 2. November 1934 Bürgermeister) bat ihn, in Laupheim zu bleiben. In dem Schreiben des Gemeinderats Laupheim wird er »als besonderer Kenner der Wirtschafts- und Kommunalpolitik« bezeichnet. Konrad bekommt die Stelle in Friedrichshafen allerdings nicht – die Gauleitung schickt ihn nach Gmünd.[5]

Empfang in Schwäbisch Gmünd – Pazifistenherrlichkeit wird verschmäht

Am 3. November, einem Samstag, wird Konrad in der Lorcher Straße feierlich vom Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps empfangen und durch ein Spalier von Jungvolk, HJ und BDM zum Rathaus geleitet. In Anwesenheit des württembergischen Innenministers Dr. Schmid leistet Konrad den Diensteid: »Ich schwöre, ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe«. Aus seiner Ansprache nach der Vereidigung: »Für uns gilt es nun, einig und geschlossen hinter dem Führer zu stehen, auf die Zähne zu beißen und durchzuhalten in Not und Tod … Als alter Soldat, der mit Begeisterung Kaisers Rock getragen hat, freue ich mich, Stadtvorstand einer Garnisonsstadt zu sein. Unserem Reichskanzler danken wir es, dass wir endlich, nach langen Jahren trauriger Pazifistenherrlichkeit, uns wieder zum Wehrgedanken öffentlich bekennen dürfen. Ich freue mich, dass der wichtigste Stand, der Waffenträger der Nation, wieder gebührend anerkannt ist … Wir kennen ja alle nur ein Ziel: unseren Teil dazu beizutragen, unserem schwer geprüften Volk wieder den ihm gebührenden Platz an der Sonne zu erkämpfen! … Wir werden unser Ziel bestimmt erreichen …, wenn wir alle bereit sind, den großen, klaren Leitgedanken unseres Führers und Reichskanzlers nachzuleben und eine wahre Volksgemeinschaft zu sein.«[6] Er fordert die Anwesenden auf, sich vorbehaltlos hinter den Führer zu stellen und ihm unerschütterliche Treue zu halten. Konrad forderte die Anwesenden auf »zu einem Sieg Heil auf unseren Führer und Reichskanzler«, in das begeistert eingestimmt wurde. Zum feierlichen Abschluss sangen die Anwesenden mit erhobenen Händen das Deutschland- und Horst-Wessel-Lied.«[7]

Konrad »startet durch«

Kurz vor seiner Amtseinsetzung hält Konrad als Kreisamtsleiter für Kommunalpolitik im Landkreis Laupheim auf dem Kreiskongress der NSDAP in Gmünd eine Rede.[8] Er spricht vom Wunsch einsichtiger Menschen nach starker Führung, vom Ende der politischen Zersetzung Deutschlands als Verdienst des Nationalsozialismus, der Ersetzung der demokratischen Grundlage der Gemeindeverfassung durch den Führergedanken, vom Glauben an und Vertrauen auf Hitler. »Seine Sendung ist ein Geschenk an das deutsche Volk. Auf den Rathäusern kann es heute nur noch nationalsozialistische Politik geben.« Er verweist auf

die Rede Hitlers an die Reichsstatthalter am 6. Juli 1933, die Folgendes forderte: letzte Überreste der Demokratie beseitigen, keine Abstimmungen und Mehrheitsbeschlüsse mehr, Hervorheben der Führerpersönlichkeit in den Gemeinden, der Gemeinderat nicht mehr der Mittelpunkt der Gemeinde sondern der Ortsvorsteher, wobei Nichtarier keine Ortsvorsteher sein könnten. Konrad resümiert: »Für die Gesundung der Gemeindeverwaltung ist damit der Weg frei gemacht.«

Bei der ersten von Konrad geleiteten Gemeinderatssitzung weist er darauf hin, »dass die Arbeit der Stadtverwaltung heute unter der Kontrolle der Partei stehe und demzufolge öffentliche Gemeinderatssitzungen kaum mehr nötig seien.« In der gleichen Sitzung stellt die nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation den Antrag: »Der Einkauf von Waren aller Art in Warenhäusern und Einheitspreisgeschäften (in Gmünd trifft das auf die Warenhäuser von Meth und auf WOHA zu) ist sämtlichen städtischen Ämtern untersagt.« OB Konrad erklärt dazu, »dass der Antrag nationalsozialistischem Programm entspreche und daher ohne weiteres angenommen werden könne.«[9]

Nationalsozialistischer Aufbau in Gmünd

Oberbürgermeister Konrad hält Rückblick und Ausschau

Wir berichteten bereits in der Montag-Ausgabe über die Bürgerversammlung im Stadtgarten am letzten Sonntag, in der Oberbürgermeister Konrad erstmals in öffentlicher Versammlung zu der Bürgerschaft über seine jetzt über zweijährige Tätigkeit als Stadtvorstand sprach. Unserem kurzen Auszug aus der etwa zweieinhalbstündigen Rede des Stadtvorstands lassen wir nun in ausführlicher Form das Wesentliche seiner Ausführungen folgen. Der Stadtvorstand führte u. a. aus:

Man darf zunächst die Frage aufwerfen, ob die heutige Versammlung notwendig war. Ich für meine Person habe sie für nötig gefunden, denn ich wollte einmal eine Gelegenheit haben, um mit der ganzen Bürgerschaft in Fühlung zu kommen. In dem Zeitpunkt, als ich aufgefordert wurde, den Auftrag für Schwäbisch Gmünd zu übernehmen, kannte ich Gmünd noch kaum. Ich hatte von Schwäbisch Gmünd keine andere Vorstellung als die, daß es eine sehr hübsche und schön in der Landschaft liegende Stadt sei, und daß man hier ganz ausgezeichnet Fasching zu feiern verstehe — daß es jetzt aber Notstandsgebiet sei.

Als ich damals auf der Fahrt nach Schwäbisch Gmünd war, vom Parteitag in Nürnberg weg, hatte ich eigentlich keine Sorge, ob es mir auch gelingen würde, den mir erteilten Auftrag so zu erfüllen, wie meine Auftraggeber dies wünschten. Nun, ich hoffe, daß, wenn eine gewisse Zeit verflossen sein wird, dann wenigstens ein Teil des gewünschten Erfolges erreicht sein wird, und ich möchte wünschen, daß sowohl meine Auftraggeber als auch Sie, meine Volksgenossen aus Schwäbisch Gmünd, mit mir und mit dem, was erzielt worden ist, zufrieden sein werden. Heute soll diese Versammlung dazu dienen, um Ihnen Auskünfte zu geben über viele Dinge, über die wir seither in der Oeffentlichkeit nichts sagen konnten.

Man kann auch noch die Frage aufwerfen, warum erst jetzt diese Verständigung der Bevölkerung erfolgt. Wir haben jetzt einen gewissen ersten Abschnitt der Entwicklung hinter uns und wir mußten unbedingt abwarten, bis sich gewisse sichtbare Erfolge zeigten, bis gewisse Verhandlungen zu einem Abschluß gelangt waren, bevor wir an die Oeffentlichkeit treten konnten. Was ich heute vortragen werde, kann kein erschöpfendes Bild der Arbeit der Stadtverwaltung sein, weder für die Vergangenheit, noch für die Zukunft.

Wie sah es 1934 in Gmünd aus?

Ich darf vielleicht beginnen bei der Lage, die ich in Schwäbisch Gmünd angetroffen habe, als ich im November 1934 hieher gekommen bin. Bei der Stadtverwaltung war damals eine gewisse Mutlosigkeit festzustellen. Meine erste Frage, als ich in Gmünd mein Amt begann, war die Frage nach dem Geld, die Antwort war eine etwas betrübliche. Im ganzen war damals ein Kassenbestand von 20 000 RM vorhanden. Sie werden vernehmen, daß das feine Summe ist, wenn man monatliche Ausgaben von 400 000 bis 700 000 RM zu leisten hat. Da kann man nicht allzuviel anstellen mit 20 000 RM. Die Rücklagen, die vorhanden waren oder vorhanden sein sollten, waren „hineingeschlupft". Sie waren nicht greifbar angelegt, weder auf der Sparkasse, noch in Wertpapieren. Dagegen hatten wir 5 bis 6 000 RM Ausstände, eingetretene Sachen, so wie man ja von den Banken auch gehört hat, als seinerzeit der Bankkrach einsetzte, und außerdem hatten wir noch laufende Verbindlichkeiten, also Schulden wie etwa andere Leute für Lebensmittel oder beim Schuhmacher, im Gesamtbetrag von 200 000 Reichsmark. Die sehen alle, zusammen 20 000 RM, laufende Schulden 200 000 RM und 500 000 RM Ausstände in den Büchern, davon eine ganz nette Summe uneinbringlich, verloren. Darüber war mir im klaren: die wirtschaftlichen Verhältnisse in Schwäbisch Gmünd kann man nicht bessern ohne Geld, das ist ausgeschlossen.

Bei der Wirtschaft war die Sache so, daß bei der Edelmetallindustrie die Entwicklung rückläufig war. Die Gründe dafür sind Ihnen zu allen bekannt. Inzwischen ist bei der Edelmetallindustrie eine gewisse Besserung eingetreten. Bei den anderen Industriezweigen zeigte sich damals bereits eine langsame Besserung. Bei der Arbeiterschaft fand ich eine große Hoffnungslosigkeit. Dies war mir begreiflich, denn die Leute waren durch jahrelange Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit wirtschaftlich und seelisch zermürbt. Und so war ich nicht überrascht, bei Gesprächen mit diesen Leuten immer wieder darauf zu stoßen, daß sie jeden Glauben an eine Hilfe verloren hatten. Die Arbeiter wanderten ab, seit 1934 etwa 10 000.

Beim Kleingewerbe wirkte sich die Sache natürlich gerade so aus. Auch dort war die Entwicklung rückläufig, denn wenn die Umsätze im sonstigen Wirtschaftsleben fehlen, wenn keine Löhne da sind, wenn die Leute kein Geld ausgeben können, kann das Gewerbe auch nicht gedeihen.

Hausbesitz stand vor dem Zerfall seiner Werte!

Umschulung der Arbeiter

Die Arbeiter in unserer Stadt sind dafür bekannt, daß sie äußerst willig, geschickt, zäh und intelligent sind, daß sie gut zu lenken sind, deswegen konnten wir bei allen unseren Verhandlungen gerade die Arbeitskraft unserer Volksgenossen besonders empfehlen und all diesen Industriellen sagen, daß sie sicherlich mit unserer Arbeiterschaft zufrieden sein werden, daß sich Leistungen erzielen lassen, die sich sehen lassen können neben anderen derartigen Betrieben. Es hat mich außerordentlich gefreut, daß mich die Arbeiterschaft in dieser Hinsicht nicht im Stich gelassen hat, sondern daß sie sich innerlich bereit gezeigt hat, diesen Weg mitzugehen; das können wir annehmen aus den zahlreichen Meldungen, die eingegangen sind für diese neuen Betriebe. Wir müssen allerdings alle diese Volksgenossen durch eine Umschulung gehen lassen. Diese Umschulung erfolgt zunächst in den Umschulungsbetrieben, die geschaffen worden sind, neuhinzu in den Betrieben. Die Schaffung dieser Umschulungswerkstätten ging nicht ohne fremde Hilfe. Wir haben mit Hilfe des Staates die Werkzeughaus GmbH. gegründet in dem Mitinguerschen Anwesen. Dann aber wurde in der Gewerbeschule auf Betreiben des Arbeitsamtes eine Umschulungswerkstätte im Arentbau eingerichtet, die außerordentlich nützlich ist und tadellos funktioniert. Auch die Fachschule hat sich in dankenswerter Weise an den Umschulungsmaßnahmen beteiligt.

Schwierige Verhandlungen

Das sind ungefähr die Umstände und Voraussetzungen, unter denen wir an die Verhandlungen mit den Firmen wegen Niederlassung gehen konnten. Und so sind wir dann auf die Suche nach Betrieben gegangen! Es war ein schwerer Weg. Es war manchmal recht bitter, wenn man sehen mußte, wie an scheinbar einfachen Dingen nach oft mühseliger Arbeit die Verhandlungen gescheitert sind. Wir haben bis heute mit über 30 Firmen verhandelt, mit einigen wenigen sind wir nun zum Zuge gekommen. Wir freuen uns über diese Erfolge, denn sie haben sicherlich einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung unserer Stadt.

Ich war noch kaum 6 Wochen hier, als die derartige Gelegenheit an uns herantrat. Wir mußten damals angesichts unserer miserablen Kassenlage einen erstklassigen Betrieb ziehen lassen. Die Firma ist an einen anderen Platz gegangen, beschäftigt dort 250 Leute und wird

Oberbürgermeister Konrad mit der Amtskette

Foto: Hch. Stöller

von einem erstklassigen Betriebsführer geleitet. Wir mußten zusehen, weil wir keinen Groschen übrig hatten und keine geldliche Hilfe von dritter Seite bekommen konnten! Den einen oder anderen von den Betrieben, mit denen wir verhandelt haben, haben wir auch gerne ziehen lassen. Ich bin heute froh, daß eine große Sache, in der wir damals verhandelten (ein Betrieb mit schätzungsweise 2500 Arbeitern einschl. Heimarbeitern), nicht zustande kam. Hiefür wäre eine Summe von 600 000—700 000 RM notwendig gewesen. Wir hatten das Geld nicht und von dritter Seite wurde es uns auch nicht gegeben und so ist nichts daraus geworden. Wir haben uns aber nicht entmutigen lassen. Das Arbeitsamt hier hat mich in dieser Arbeit hervorragend unterstützt, namentlich in der Arbeiterfrage.

Was geschah zur Behebung der Not

Aus dieser Erkenntnis, aus dieser Beurteilung der Wirtschaftslage und der ganzen Lage in Gmünd mußte man nun seine Folgerungen ziehen. Das Wichtigste, Grundlegende war die Sanierung der städt. Finanzen, d. h. es mußte darangegangen werden, die in den eingefrorenen Ausständen steckenden 500 000 RM allmählich flüssig zu machen. In den 2½ Jahren ist das in einem verhältnismäßig guten Umfang gelungen. Ich nehme allerdings an, daß diejenigen, die davon betroffen wurden, nicht besonders erbaut waren, aber es konnte ihnen nicht erspart werden, denn die anderen mußten ja auch bezahlen und haben vorher schon bezahlt.

Als nächste Hilfe und Maßnahme erschien mir, daß man sich bemühen müsse, die hiesige Garnison zu vermehren, weil auf diese Weise speziell dem Mittelstand und dem Hausbesitz eine rasche, sichere und dauernde Hilfe zuteil werden kann.

Das nächste war dann die Unterstützung der bestehenden Betriebe bei den Dienststellen des Reiches und des Landes geneigt machen, unsere Bemühungen finanziell zu unterstützen, weil die Stadt Gmünd aus eigenen Mitteln es nicht konnte. Es war nur möglich, entweder mit Staats- oder Reichshilfe oder mit Hilfe kapitalkräftiger Privatpersonen; anders ging es nicht. Ein großer Mangel bei diesen Umsiedlungsbestrebungen war das Fehlen von geeigneten Fabrikgebäuden mit entsprechenden Einrichtungen, weil eben die Hauptart des Edelmetallgewerbes leichter solche Fabrikräume und solche maschinellen Einrichtungen nicht notwendig machte, wie man sie für die Bearbeitung von anderen Metallen und Stoffen etwa brauchte. Bei meinen Verhandlungen mit den fremden Industriellen war immer die erste Frage, haben Sie, wenn Sie doch ein Notstandsgebiet sind, leerstehende, große, passende Arbeitsräume und haben Sie die entsprechenden Einrichtungen? Fast stets mußten wir sagen, die Gebäude und die Einrichtungen für solche Zwecke haben wir nicht in Gmünd und damit war schon das meiste geschieht.

niederzulassen! Es hat allerdings Leute bei uns gegeben, die das nicht verstanden haben.

Die Opfer werden sich lohnen

Und nun, meine Volksgenossen, sehen Sie ja, daß rings um die Stadt die Bautenausbrüche Boden wachen. Bauten, die für unsere Volksgenossen Arbeit und Brot bringen. Alle diese Dinge sind nur mit Opfern zu erringen. Wir mußten ein Industriegleis bauen, hat 100 000 RM gekostet. Wir müssen Straßen bauen zu diesen Betrieben, Leitungen für Gas, Wasser und Elektrizität teils neu bauen, teils ausbauen. Gesamtkosten etwa 150 000 RM. Wir werden Wohnungen brauchen. Heute lesen wir ja nach tatsächlich in unserer Zeitung, daß Wohnungen angeboten sind, meistens aber größere Wohnungen, weniger die billigen kleineren. Wir werden also wohl im Jahre 1937 oder 1938 einen

daß Grundstücksspekulanten glauben, daß ihre Zeit gekommen sei. Es geht nicht an, daß, wenn mit den Kräften der Allgemeinheit Bauten geschaffen werden, irgendwo, wo man vorher noch die Plätze gehandelt hat, je zu einem Morgenpreis von 1000 RM, jetzt, da die Volksgemeinschaft eingegriffen hat und Opfer bringt, Grundstücksbesitzer herangehen und den Morgen mit 10 000 RM bewerten! Wir werden solche Dinge zu unterbinden wissen! Es handelt sich nicht darum, dem einen oder anderen einen angemessenen Nutzen vorzuenthalten, sondern es handelt sich darum, Schädigungen der Gemeinschaft und einzelner Volksgenossen durch derartige Preissteigerungen zu verhindern! Das ist eine Sünde am Volke!

Nach zwei Jahren in Gmünd hält der parteikonforme Oberbürgermeister Franz Konrad Rückblick und Ausschau. (Zeitungsausschnitt 1936)

OB Konrad und seine »innere Verfasstheit«

Beschäftigen wir uns nun mit den Äußerungen (oder auch Nicht-Stellungnahmen) von Konrad in den folgenden Jahren. Bei allen Beschlüssen des Gemeinderats hat Konrad keine dem widersprechende Stellungnahme abgegeben. So etwa im Fall der für Sonntag, 10. Februar 1935, in Aussicht gestellten Übertragung eines Abendgottesdienstes mit dem evangelischen Landesbischof Dr. Wurm. Stadtrat Fischer bedauert »als Protestant und Nationalsozialist«, »dass es keine Möglichkeit gebe, die ganz Kundgebung … zu verhindern.« Und besorgt schiebt er nach: »Aus weltanschaulichen Gründen sollte der Stadtgarten nicht für kirchliche Zwecke verwendet werden … Bei der Zusammensetzung der Gmünder Bevölkerung könne auch leicht mit der Gefahr der Störung des konfessionellen Friedens gerechnet werden.« Und Stadtrat Klozenbücher setzt noch eins drauf und sorgt sich, dass solche Veranstaltungen »einzig und allein in die dafür geschaffenen geheiligten Räume der Kirche gehören. Der Stadtgartensaal ist nicht würdig für eine kirchliche Übertragung.« Er bittet OB Konrad, bei der Gauleitung vorstellig zu werden und zu übermitteln, dass der Gemeinderat eine ablehnende Haltung eingenommen habe – was Konrad auch zusagt.[10]

Im Falle des evangelischen Landesbischofs lässt Stadtrat Huber dann »die Katze aus dem Sack«: Er spricht sich »gegen Massenveranstaltungen der Kirche, die leider oft dazu benützt werden, gegen die Interessen des nationalsozialistischen Staates zu arbeiten« aus. Er könne nicht zustimmen, »dass die Kirche ihre Verhetzung in großem Maße betreibe«.[10] Konrad lässt nicht erkennen, dass er eine andere Auffassung vertritt oder gerne Einspruch erheben möchte.[10]

»Linientreue Beamte und Angestellte« werden bei Stellenbesetzungen bevorzugt

Als die Stelle des Stadtpflegers (28 Bewerber, darunter sechs Beamte der Stadt) neu besetzt werden soll, gibt es eine interessante Anmerkung von Konrad: »Der Vorsitzende (so wird der Oberbürgermeister in den Gemeinderatsprotokollen bezeichnet) glaubt, dass sich die Auffassung des Innenministeriums mit derjenigen der Partei, dass in den Beamtenkörper der Stadt neues Blut gebracht werden müsse, decken.« Kein interner Bewerber wird ausgewählt. Auch Stadtrat Barth assistiert Konrad und hält »eine Blutauffrischung im Beamtenkörper der Stadt Gmünd« für angebracht.[11] Immer wieder werden bei Stellenbesetzungen »alte Kämpfer« bedacht.

In einer Sitzung gedenkt Konrad des 70. Geburtstags von General Ludendorff. Die Uferstraße soll zu Ehren von Ludendorff »und in dankbarer Anerkennung seiner gewaltigen Leistungen für unser Volk … und zur steten Erinnerung für kommende Generationen« nach ihm benannt werden.[12]

In der Sitzung vom 19. Juni 1935 geht es u.a. um die Beflaggung der städtischen Gebäude an Fronleichnam, einem Hochfest der Gmünder Katholiken. OB Konrad, selber Katholik, erklärt, »dass er dem Willen des Gemeinderats folgend die Anordnung zur Beflaggung der städtischen Gebäude am Fronleichnamstag zurückziehe.«[13] Nach der nationalsozialistischen Gemeindeordnung war der Oberbürgermeister, wie schon erwähnt, »Führer seiner Stadt« und eigenständig in seinen Entscheidungen. Er hätte also in diesem und anderen Fällen selbst entscheiden können. Mit einer Einschränkung: Der jeweilige Kreisleiter und andere Parteistellen saßen ihm »im Genick«, weshalb zwischen Oberbürgermeister und Kreisleitern immer Spannungen auftraten – nicht nur in Gmünd. Doch davon an anderer Stelle.

»Juden unerwünscht«

Am 22. August fordern Kreis- und Ortsgruppenleitung sowie der Kreiskulturwart der NSDAP das Bürgermeisteramt Gmünd auf, »den Juden nahezulegen, dass ihr Besuch des Stadtbads und des städtischen Freibads unerwünscht sei.« Keine Einwendung des Oberbürgermeisters; Entschließung des Gemeinderats, in beiden Einrichtungen an geeigneter Stelle eine entsprechende Tafel anzubringen.[14] 1937 werden Juden von Vieh-, Pferde- und Krämermärkten ausgeschlossen, was ebenfalls ein Entschluss von OB Konrad war.[15] Und am 19. April 1938 schreibt Polizeiamtsvorstand Mannal: »Die Juden werden auf dem Markt nicht vermisst, an ihre Stelle sind arische Viehhändler getreten. Es gibt zwar immer noch Volksgenossen, die glauben, sie müssen beim Juden kaufen … Der Ausschluss der Juden vom hiesigen Markt erfolgte auf Grund einer Anordnung des Herrn Oberbürgermeisters hier.«[16] Schon 1935 wurde angeregt, bei künftigen Märkten in Gmünd einen besonderen Platz für jüdische Geschäfte bereitzustellen und diesen mit einem entsprechenden Hinweis zu versehen.[17]

»Der Wehrmacht zu Diensten sein«

Als das Rektorat der Klösterle-Schule die Umbennung der Schule in »Horst-Wessel-Schule« beantragt und eine Gedenktafel für die gefallenen 26 Volksschullehrer Gmünds im Ersten Weltkrieg anbringen will, um »der jungen Generation auch außerhalb des Unterrichts den Geist der Front und die Größe der Todesopfer vor Augen zu führen, so die Begründung des Schulleiters der Klösterle-Schule, hat Konrad auch dagegen nichts einzuwenden.[18]
Für die Belange des Heeres in Gmünd ist Konrad äußerst aufgeschlossen. Er selber ist Korvettenkapitän bei der Kriegsmarine und von August 1939 bis zum 1. Oktober 1944 mit Unterbrechungen zum Wehrdienst einberufen. So vermerkt das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 5. Dezember 1935,[19] dass vertrauliche Gespräche von OB Konrad stattgefunden hätten, weiteres Militär in die Stadt zu holen. Die Stadt ist neben Ludwigsburg und Ulm ein starker Truppenstandort. Für Konrad ist es selbstverständlich, »dass auf ausgezeichnete Beziehungen zur Wehrmacht Wert gelegt wird … und wir werden selbstverständlich auch in Zukunft alles tun, … um der Wehrmacht zu Diensten zu sein.«[20]

Der Fall Maria Wild

1936 möchte Konrad ein vom Gmünder Hermann Hörner gefertigtes Ölgemälde des Führers erwerben und im Sitzungssaal aufhängen.[21] Nötig scheint ihm die Einrichtung eine NS-Kindergartens[22] neben den kirchlich geführten. Außerdem gibt Konrad dem Antrag der Bewohner des Judenhofs, diesen in Imhofstrasse umzubenennen, statt.[23]
In der Folge des »Falles Maria Wild« fällt ein peinliches Licht auf den Gmünder Oberbürgermeister: Maria Wild, Schreibgehilfin bei den technischen Werken der Stadt, wurde fristlos entlassen, weil sie den Hitler-Gruß nicht respektiert habe. Ratsherr Klozenbücher spricht sich für die Entlassung aus, weil er sich um den Respekt dem Führer gegenüber sorgt: »Dies könne nur dadurch geschehen, dass man solche Angestellte entlässt, die sich weigern, den Hitler-Gruß abzugeben, oder diesen verächtlich zu machen.«[24] Das war 1935, Wild wird entlassen. 1936 aber drängt die Gauleitung (!) darauf, Maria Wild wieder einzustellen. Der stellvertretende Gauleiter Schmid stehe auf dem Standpunkt, »dass die Wild für ihr dummes Geschwätz durch die erlittene 5/4 jährliche Arbeitslosigkeit zur Genüge gebüßt habe.« Dazu Konrad: »Nach Lage der Sache bleibe nichts anderes übrig.« Er hätte wohl am liebsten »leider« hinzugefügt, da die Stadt Maria Wild nicht mehr einstellen wollte.

Der Fall Wenger – Freidenker oder gar Freimaurer sind unerwünscht

Im selben Jahr schlägt dann der »Fall Wenger«, Direktor der Stadtwerke, Wellen. Diesen zu untersuchen wäre eine Aufgabe für sich. Nur soviel: In diesem wie in anderen Personalangelegenheiten wird das Bestreben der Partei deutlich, in wichtige Stellen ihr genehme Leute einzusetzen. Stadtrat Klozenbücher äußert bei der Kandidatenauswahl für einen Nachfolger Wengers, es sei nötig, die Stelle des neuen Stadtwerkedirektors mit einem »alten Kämpfer« zu besetzen, »um den jahrelang durch einen Freimaurer verseuchten Posten wieder in Ordnung zu bringen.«[25] In der Sitzung vom 1. Dezember 1936 ersucht Klozenbücher den Oberbürgermeister, Wenger das Wort zu entziehen, »da er nicht zulassen könne, dass hier freimaurerische Grundsätze noch gepriesen werden.«[26] Der Fall Wenger erscheint auch in der NS-Hetzschrift »Flammenzeichen«. Konrad nutzt das Ausscheiden Wengers, um den Posten zu teilen: Die Stadtwerke bekommen einen technischen und einen kaufmännischen Leiter. Es war keine Stellungnahme zu finden, mit der Konrad Wenger gestützt hätte.

Unverbrüchliche Treue zum Führer

Immer wieder betont Konrad die Treue gegenüber dem Führer, Gemeinschaft vor Einzelschicksal, Führung des Volkes durch die Besten, Führerprinzip in allen Bereichen, also auch in der Kommune: »Am 30. Januar 1933 wurde das Sehnen der Besten unseres Volkes nach einem großen, einigen, kraftvollen deutschen Reich nach mehr als 1000 Jahren erfüllt … Wir gehen über die Schwelle des 4. Jahres in der festen Zuversicht, dass uns unser Führer zu neuen Erfolgen führen wird … Diese schweren Zeiten sind nur zu überwinden, wenn das ganze Volk sich zu einer soldatischen Grundhaltung bekennt … einig und geschlossen hinter seiner Führung steht … Diese gewaltigen Fortschritte … verpflichten uns zu unverbrüchlicher Treue gegenüber dem Führer.«[27]

Konrad und die Kirche in Gmünd

1937 beantragt Stadtrat Klozenbücher ein Verbot des Böllerschießens an Fronleichnam. Voller Fürsorge begründet er den Verbotsantrag dieses alten Brauchs mit »der Störung der Ruhe, vor allem alter Leute und Schwerkranker im Spital.« Der OB wird sich in dieser Angelegenheit an den Polizeiamtsvorstand wenden.[28]
Geistliche, die an der Schule Religionsunterricht erteilen, werden 1937 verpflichtet, einen Treueid auf den Führer abzulegen. Wer dem nicht nachkommt oder den Eid mit Vorbehalt ablegt, darf nicht mehr unterrichten. Davon nimmt Konrad ohne zu widersprechen Kenntnis. Es kommt dann zu einer heftigen Auseinandersetzung der Verwaltung (und damit auch des Oberbürgermeisters) mit Dekan Großmann. Seinem Wunsch nach geeigneten Räumen für den Religionsunterricht außerhalb der Schulzeit entspricht die Stadt nicht. Konrad lässt Großmann schriftlich mitteilen, dass es Ehrenpflicht für die Geistlichen sei, den Treueid auf den Führer zu leisten. Man weise das Gesuch »mit Entrüstung zurück« und sehe sich außerstande, »die Steuergroschen des arbeitenden Volkes für derartige Seitensprünge katholischer Geistlicher auszugeben.[29] Und dann der »Wink mit dem Zaunpfahl« an Dekan Großmann: »Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, dass die Stadtverwaltung Jahr für Jahr für die Erneuerung des Münsters RM 4000 ausgibt … Außerdem kann die Stadtverwaltung verlangen, dass das katholische Dekanatamt nur in solchen Fällen mit Wünschen an die Stadtverwaltung herantritt, die auch im Interesse des nationalsozialistischen Staates liegen.«[29]

Franz Konrad im Oktober 1941 in Uniform
(Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd, Zeitgeschichtliche Sammlung, Franz Konrad, Fotograf: unbekannt)

Zwischenfazit

Oberbürgermeister Konrad setzte die Gesetze der Nationalsozialisten, die reichsweit galten, ohne Zögern um. Kaum ein Anflug von Widerspruch ist bei den Fragen des Religionsunterrichts an Schulen zu erkennen, beim »Abwürgen« der katholischen Mädchenrealschule St. Ludwig, beim Pfarrhaussturm 1938 auf dem Münsterplatz (mit anschließendem Verweis von Geistlichen aus der Diözese), zur Bevorzugung des Militärs, bei der »Arisierung« jüdischer Geschäfte in Gmünd, dem mehr als großzügigen Entgegenkommen gegenüber den NS-Jugendorganisationen, bei der Umsetzung der »Nürnberger Gesetze« in Gmünd (1935), zur Bloßstellung der Gmünder, die in jüdischen Geschäften einkauften, bei der »Gleichschaltung« der Presse, zur antisemitischen Hetze, zu den Vorgängen um die Gmünder Synagoge, zur Deportation jüdischer Mitbürger Gmünds, zu den Euthanasie-Opfern aus Gmünd und den umliegenden Gemeinden, zur Behandlung Homosexueller, zu den Todesurteilen gegen Deserteure der Wehrmacht und so weiter und so fort. Angeführt sei noch ein weiteres Beispiel die ausländischen Fremd- und Zwangsarbeiter in Gmünd betreffend, die mit einer schlechten ärztlichen Versorgung leben mussten. Sehr

unschön ist auch der »Spaß«, den sich die SA mit den Polen machte. Diese durften nur eine Gaststätte in Gmünd, den »Walfisch«, besuchen. Freitagabend trafen sie sich dort und tranken, was niemand verwundern wird, einen »über den Durst«, um ihr Los zu vergessen. »Die SA machte sich ein Vergnügen daraus, am Freitagabend ins Taubental zu ziehen. Dort ließ sie die Polen heraustreten und verprügelte sie anschließend, weil sie betrunken waren.«[30] Bis jetzt konnte kein Einspruch dagegen von Seiten des SA-Mitglieds Franz Konrad in den Unterlagen gefunden werden.

Konrad zur Kriegsmarine

Bevor Konrad für längere Zeit Gmünd verlässt (eine Zeitlang wird der Haller OB die Geschäfte in Gmünd neben denen in Hall führen), löst Rechnungsrat Treuter den bisherigen Standesbeamten Kucher ab. Kreisleiter Oppenländer zeigt sich zufrieden: »... halte ich es für notwendig, dass das Standesamt mit einem Parteigenossen besetzt wird ..., der die Gewähr bietet, dass Trauungen in dem von der Partei gewünschten Rahmen stattfinden.«[31] Während der Einberufungszeiten von 1939 bis 1944, mit Unterbrechungen, regiert Konrad mit »Verfügungen«, wobei er voraussetzt, dass sein Vertreter im Amt alle Entscheidungen so trifft, wie er sie selber treffen würde. Dabei muss mit einem verbreiteten Missverständnis aufgeräumt werden: Konrad wäre mit der Einberufung Konflikten mit Kreisleiter Oppenländer und anderen Parteidienststellen aus dem Weg gegangen. Nach den Unterlagen der Marine wurde er dringend gebraucht: »Er ist neuzeitlich ausgebildet und gehört zur Führerreserve der Kriegsmarine ... Eine weitere Freistellung [Konrad selbst hatte immer wieder Freistellungsgesuche gestellt, um nach Gmünd in sein Amt als Oberbürgermeister zurückzukehren] ... kann aus personellen Gründen auf keinen Fall erfolgen.«[32] Dennoch war das Verhältnis Oberbürgermeister – Kreisleiter und andere Parteidienststellen meistens, manchmal sogar erheblich, gespannt. Es ging dabei um Machtfragen und Kompetenzstreitigkeiten.

Im Jahr 1939 kaufte die Stadt Gmünd vom »Juden Meth« dessen Kino, »um auf den Lichtspielbetrieb einwirken zu können.« Dem Reichsstatthalter Murr trägt Konrad die Ehrenbürgerwürde der Stadt an.[33] Neben der konfessionellen Frauenarbeitsschule gibt es jetzt auch eine städtische. »Leider«, so Konrad, »müssen wir feststellen, dass der Besuch dieser Schule außerordentlich zu wünschen übrig lässt, dass dagegen die konfessionellen Schulen nach wie vor gut besucht sind.«[34]

Die David-Gutmann-Stiftung

Im Gemeinderat behandelt wird auch die Stiftung des Gmünders jüdischer Konfession, David Gutmann. Er hatte 1917 eine Stiftung für bedürftige Kriegsopfer mit dem Ziel gegründet »ohne Unterschied der Konfession, in erster Linie aber an Kriegsopfer zu verteilen.« Gutmann hatte am 12. September 1917 der Stadt 20 000 Mark übergeben. Nach einem Erlass des Reichsministers des Inneren vom 8. Mai 1939 ist bei Stiftungen von Juden »der jüdische Stiftungsname zu beseitigen und die Zweckbestimmung der Stiftung mit den Grundsätzen der Judenpolitik in Übereinstimmung zu bringen.« Zudem sei die Bestimmung »ohne Unterschied der Konfession« so auszulegen, dass die »Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse vom Genuss der Stiftungsmittel ausschließt ... die Zustimmung des Stifters sei dazu nicht erforderlich ... Die Stiftung sei ab jetzt auch auf die Opfer des jetzigen Krieges auszudehnen.« Der Oberbürgermeister entspricht auch diesem Antrag.[35]

Um 1940 konnte Franz Konrad den großen Friedrichshafener Luftschiffentwickler Hugo Eckener im Schießtal begrüßen. (Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd, Zeitgeschichtliche Sammlung, Franz Konrad, Fotograf: unbekannt)

Ansiedlung neuer Industrien

Konrad bricht die Monostruktur der Gmünder Wirtschaft auf. Wichtigste Ansiedlungen sind die Zahnradfabrik Friedrichshafen und die Firma Schenk. Auf Wunsch des Oberbürgermeisters erhält die Straße ins Schießtal den Namen »Richard- Bullinger-Straße.« Bullinger ist Fliegerhauptstabsingenieur im Reichsluftfahrtministerium; er habe sich, so die Begründung für die Straßennennung, »um die Umstellung des Wirtschaftslebens von Schwäbisch Gmünd hervorragende Verdienste erworben.« Betont werden auch seine weiteren Verdienste in der Stadt: Er habe sich »für die Rüstung der Luftwaffe, Ausbau der Gaswerke Gmünd und Abwehr des Eindringens der Technischen Werke der Stadt Stuttgart« eingesetzt.[36] Die wenigsten ahnen, welche Bedrohung über Gmünd liegt. Auf amerikanischen Luftaufnahmen sind die kriegswichtigen Betriebe markiert. Am 16. Mai 1944 berichtet Konrad im Gemeinderat, er habe die Zerstörungen in Friedrichshafen, der Stadt, in der er gerne Oberbürgermeister geworden wäre, besichtigt. Diese seien katastrophal. Er befürchte bei Luftangriffen auf Gmünd dieselben Auswirkungen wie in Friedrichshafen, wo die ZF ihren Stammsitz hatte.[37] Man kann sich unschwer vorstellen, wie die Erinnerungen an Konrad in der Gmünder Bevölkerung dann gewesen wären. Dass Gmünd nicht bombardiert wurde, ist bis heute ein Rätsel.

Zurück ins Jahr 1940: Ratsherr Weber bringt vor, dass der Straßenname »Bischof-Keppler« (Keppler war gebürtiger Gmünder) heute keine Berechtigung mehr habe und geändert werden müsse. Ebenso müsse man die Franziskanergasse umbenennen. »Der Oberbürgermeister ersucht um Vorschläge für die neuen Straßennamen.«[38]

Kirchliche Belange

Im Mai 1941 ergeht vom Landesamt für Denkmalpflege die Anfrage, ob die Stadt ihre 1938 eingestellten Zuschüsse für die Instandsetzung des Heilig-Kreuz-Münsters wieder aufnehme. Wenn nicht, so sollen dem Amt die Gründe dafür mitgeteilt werden. Meinung von Stadtrat Hammele: »Die Kirche erhebt heute die doppelte Kirchensteuer und muss daher für ihre Kirchen selber sorgen. Sie darf diese Angelegenheit nicht auf andere abschieben«. Auch Ratsherr Debler meint, das Münster dürfe als Denkmal zwar nicht verfallen, »zur Unterhaltung ist jedoch der Nutznießer, also die Kirche selbst, verpflichtet … Vor der Entschei-

dung soll die Stellungnahme der NSDAP eingeholt werden.« Die nimmt Ratsherr Weber, Vertreter im Amt des Kreisleiters, wohl vorweg: »Die Kirche hat für viele andere Zwecke, die gegen die NSDAP gerichtet sind, große Mittel, so kann sie auch diesen Aufwand selbst decken.« Der Oberbürgermeister teilt schließlich dem Landeskonservator mit, »dass die Stadt der Auffassung des Kreisleiters … entspreche.«[39]

Der Griff nach klösterlichem Besitz

Bei einer Besprechung beim Reichsstatthalter am 1. September 1941 wird zum wiederholten Male deutlich, dass sich die Stadt seit Jahren bemüht, Gebäude aus klösterlichem Besitz zu erwerben, um darin Altenheime, Schulen, HJ-Einrichtungen oder das städtische Krankenhaus einzurichten. Als Konkurrenten der Stadt treten NSDAP und Wehrmacht auf. Man muss die Äußerungen Konrads auf sich wirken lassen: »Nach meiner Überzeugung hat die Stadt moralisch den ersten Anspruch auf jeglichen klösterlichen Besitz auf Markung Schwäbisch Gmünd, denn all dieser Besitz stammt aus der öffentlichen Gemeinschaft, deshalb halte ich es für das einzig richtige, wenn er jetzt wieder in den Besitz der örtlichen Gemeinschaft, d. h. der Stadt zurückgeführt wird.« Konrad kündigt dem Reichsstatthalter an, notfalls bis zur höchsten Instanz die Ansprüche der Stadt Gmünd auf den klösterlichen Besitz durchzufechten. St. Vinzenz sieht er für ein Altenheim vor, ebenfalls St. Josef. Beide Anwesen müssten auch im Zusammenhang mit der Stadthalle und dem städtischen Sportplatz gesehen werden und sollten wegen künftiger Vorhaben der Stadt in diesem Bereich in den Besitz der Stadt übergehen. Auch für Zwecke der HJ eigne sich das Areal. Telegramm des württembergischen Innenministeriums am 5. September 1941 an die Stadt: St. Vinzenz und die unbebaute Fläche wird von der Gauamtsleitung für ein künftiges Kreiskrankenhaus beansprucht. »Es kommt für andere Zwecke nicht in Frage. Auch nicht für ein städtisches Krankenhaus.«[40]
Am selben Tag erhält die Stadt ein Schreiben von Herrn Siegle, Treuhänder der Besitztümer des Klosters Untermarchtal: »Nach Ermittlungen der staatlichen Kriminalpolizei hat sich das Kloster Untermarchtal sehr schwerer Verstöße gegen die Kriegswirtschaftsverordnungen zu Schulden kommen lassen und dabei große Mengen von Lebensmitteln der Ernährung des Volkes widerrechtlich entzogen. Wegen dieser Gefährdung der Ernährungsgrundlage und damit der Landesverteidigung ist … das gesamte Vermögen und der ganze Besitz beschlagnahmt.« Die Gmünder Ratsherrn nehmen davon Kenntnis – und mit ihnen OB Konrad.[41]

Ein persönlicher Schicksalschlag

Am 26. August 1941 stirbt die Frau von Franz Konrad, Maria Magdalena Kühner, im Alter von 37 Jahren. Sie hinterlässt zwei Töchter: Elisabeth, geboren am 27. November 1925 und Margarete, geboren am 23. Oktober 1929. Konrads Stellvertreter schreiben an Konrad: »Das Andenken der Verstorbenen wird in den Herzen der Bevölkerung in unauslöschlicher Erinnerung bleiben. Ihre Kinder müssen durch Ihre Einberufung zur Kriegsmarine schon seit fast zwei Jahren den väterlichen Schutz und Beistand entbehren und sind nun durch den Verlust der Mutter allein und verlassen im elterlichen Haus.«[42] Es gibt Anzeichen dafür, dass Konrad den Tod seiner Frau nicht überwinden konnte. Im Sommer 1942 heiratet er wieder (die Töchter sind zu diesem Zeitpunkt 12 und 16 Jahre alt). Als Konrad am 15. Mai 1957 stirbt, wird er im Grab seiner ersten Frau beigesetzt, »seinem Wunsch entsprechend … in aller Stille.«[43]

Den Kontakt zu seiner Heimatstadt Laupheim, in der er bis zu seiner Berufung nach Gmünd Bürgermeister war, ließ er nie abreißen. Als er 1954 (1948 war seine Wahl zum Gmünder OB, gegen Franz Czisch, dem damaligen Oberbürgermeister von Gmünd, von den Amerikanern annulliert worden) wieder gewählt wurde, behielt er seinen Wohnsitz in Laupheim bei. Das wurde ihm von Seiten der Stadt verübelt, da er auch auf eine Dienstwohnung verzichtete.[44]

Wenige Wochen nach dem Tod seiner Frau feiert er am 16. September seinen 50. Geburtstag. In seinem Dankschreiben für die übermittelten Glückwünsche schrieb er an den Gemeinderat, er habe sich in den sieben Jahren in Gmünd nur bemüht, das zu tun, was die Verhältnisse von ihm forderten. »Aber diese schönen Erfolge wären … nicht möglich gewesen, wenn nicht der Umbruch 1933 die Möglichkeit für ein erfolgreiches Wirken geschaffen hätte. Im alten System wäre ein solches Schaffen ausgeschlossen gewesen. Der Eigennutz hätte diese Wirtschaftsumstellung verhindert und die Widerstände wären zu groß gewesen.«[45]

Klösterlicher Besitz im Visier

1942 hat Konrad die Idee, in Gmünd eine Marine-Unteroffizier-Vorschule einzurichten. In Frage kämen und geeignet hierfür wären die Gebäude von St. Ludwig, St.Vinzenz und eventuell auch das Canisius-Haus. Mit sofortiger Wirkung wurde der Altbau von St. Ludwig beschlagnahmt. Zur Frage einer Marine-Schule äußert sich auch der kommissarische Kreisleiter, Parteigenosse Sieger, Lorch: »Diese Entscheidung sei für Gmünd … von weitreichender Bedeutung … Entscheidend sei … die Schaffung guter, dauernder, wertvoller Beziehungen zur Marine für die metallverarbeitende Industrie von Schwäbisch Gmünd.«[46] Nochmals kommen die unterschiedlichen Interessen um die Verteilung des klösterlichen Besitzes zur Sprache. Der Stadt bleibe es unbenommen, sich um St. Josef, St.Loreto, das Mutterhaus der Barmherzigen Schwestern und um den unbebauten Grundbesitz des Klosters zu bewerben.[47]

Am 24. März 1943 macht Kreisleiter Oppenländer im Gemeinderat Ausführungen, denen Oberbürgermeister Konrad am Schluss voll und ganz zustimmt. Es geht um die gegenwärtige Kriegslage. Unter anderem macht Oppenländer eine Bemerkung zum deutschen Beamten, der ja an sich ein gewissenhafter Mensch sei. »Und dem müssen wir nun einen Schups geben, dass er ein Stück dieses Gewissens fahren läßt … Jetzt ist Krieg.« Und Konrad fügt hinzu: »Wir alle waren lange genug Soldat, um zu wissen …, dass jeder nur ein Ziel haben kann … unserem deutschen Vaterlande zum Sieg zu verhelfen.«[48]

Dem Ende entgegen

Bis zum bitteren Ende steht Konrad mit voller Überzeugung für das »Dritte Reich« ein. Bei einem »Gefolgschaftsappell« mit Rückblick auf das Jahr 1943 sagt er u. a.: »Wir wollen fanatisch den Sieg Deutschlands … Nur ein Narr kann glauben, dass, wenn wir nicht siegen würden, von unserem Reich etwas bleibe, dass etwa noch ein Viertes Reich der Deutschen möglich wäre. Wir gehen in das Jahr 1944 mit dem vollen Vertrauen zu unserer politischen und militärischen Führung.«[49]

Bei der Gedenkfeier für den im Osten gefallenen Ratsherrn Höhn lässt Konrad verlauten: »Er wollte, dass die deutschen Städte ein Hort der Reichstreue und des Kampfeswillens, dass die Städte Zellen germanischer Größe und Zukunft werden.« Im darauffolgenden Gefolgschaftsappell legt Konrad nach: »Wir stehen voller Vertrauen zu unserer militärischen und politischen Führung. Jeder von uns muss zu jedem Einsatz und zu jedem Opfer bereit sein.«[50]

Am 16. Mai berichtet Konrad, wie schon erwähnt, von den katastrophalen Zerstörungen in Friedrichshafen. Lobeshymnen stimmt er über den verstorbenen ersten Kreisleiter der NSDAP im Kreis Gmünd, Alfons Baur, an.[51]
Und dann der Paukenschlag: Am 16. Dezember 1944 legt er ein amtsärztliches Zeugnis vor und berichtet von seiner Absicht, sich in den Ruhestand versetzen zu lassen. Den Antrag dazu stellt er am 1. Februar 1945, am 31. März 1945 wird er vorläufig in den Ruhestand verabschiedet, am 1. Juni 1945 schließlich definitiv.

Nach dem Krieg

»Konrad hatte keine grundsätzlichen Differenzen mit der Kreisleitung, sondern Differenzen, die aus dem gegenseitigen Machtwillen entsprangen, so dass Konrad mit dem Nazismus durchaus konform ging … aus seinem Verhalten war keine Nazi-Gegnerschaft erkennbar … Konrad war in den Augen der Öffentlichkeit eine Konzession der NSDAP an die katholische Bevölkerung von Gmünd«, lautete die Einschätzung des Gmünders Max Schwarz vor der Zentralen Spruchkammer für Nordwürttemberg.[52]
Der Gmünder Karl Maier wird bei seiner Aussage vor der Zentralen Spruchkammer noch deutlicher: »Persönlich halte ich Konrad für einen jener Beamten, die im Interesse ihrer Stellung bedenkenlos ihr politisches Hemd wechseln. Bemerkenswert bei der Berufung Konrads zum Oberbürgermeister ist die Tatsache, dass er nicht Akademiker war [und diese Tatsache] den Schluss zulässt, dass Konrad der Partei als der gegebene Mann für Schwäbisch Gmünd erschien.« In der Regel hätte man die Stelle eines OB mit einem Juristen besetzt, es sei denn, ein Nicht-Jurist hätte eine besondere Beziehung zur Partei gehabt.[53]

Oppenländers Erklärung im Zuchthaus Schwäbisch Hall

Vom Landgericht Ellwangen wird der ehemalige Kreisleiter Oppenländer und Kampfkommandant Hössle zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, von denen beide je dreieinhalb Jahre absitzen und dann »im Wege der Gnade« frei kommen.[54] Im Zuchthaus Schwäbisch Hall gibt Oppenländer am 24. April 1948 eine schriftliche Erklärung ab. Zu dieser Zeit zeigen die Akten, dass Oppenländer ernsthaft über sein bisheriges Leben, Tun und Handeln nachdenkt. Unter anderem schreibt er über Konrad, dass dieser von Staatssekretär Waldmann damals für den Posten des Oberbürgermeisters in Gmünd vorgeschlagen worden sei. Waldmann war »alter Kämpfer« und einer der ersten »Parteiredner« in Württemberg. Wörtliche Aussagen in der schriftlichen Erklärung: »Ich halte es für sehr unwahrscheinlich, dass jemand anderer als ein überzeugter Nazi die Stelle eines Oberbürgermeisters hätte bekommen können. Keinesfalls kann ich nicht glauben, dass Murr diese Stelle einem Mann gegeben hätte, von dem er nicht überzeugt war, dass er ein guter Nationalsozialist war … Konrad erwies sich nie als Gegner des Nationalsozialismus.« Im September habe Konrad ihm gesagt, »dass Deutschland diesen Krieg verlieren werde, da das deutsche Volk noch nicht reif für einen solchen Krieg sei.« Nach einer Tagung in Breslau, von Himmler einberufen, habe Konrad auf einer Tagung des Kreispropaganda-Ringes in Gmünd gesagt, »dass er zum ersten Mal Gelegenheit gehabt hätte, Himmler persönlich kennenzulernen und diesem Manne vieles abzubitten hätte.«
Beim jährlichen Bauzuschuss für das Gmünder Münster habe Konrad den Zuschuss nie bewilligt, »ohne sich vorher mit mir in Verbindung zu setzen und mich zu fragen, ob ich mit diesem Bauzuschuss einverstanden wäre. Ich hatte den Eindruck, dass Konrad besorgt war, die Partei könne es ihm übelnehmen, von sich aus den Zuschuss zu bewilligen und dass er

von diesem Zuschuss abgesehen hätte, wenn ich mein Einverständnis nicht erklärt hätte.« Und noch eine Aussage des ehemaligen Kreisleiters über Konrad: »Konrad hat sich bei ›Judenaktionen‹ nicht beteiligt, hat sich aber niemals bei mir gegen diese eingesetzt. Er hat sich überhaupt bei meiner Dienststelle niemals für politisch Verfolgte eingesetzt … Er hat jede Gelegenheit benützt, um zum Ausdruck zu bringen, dass er stets im Sinne der Partei handeln wolle.«[55]

Schlussbemerkung

Franz Konrad, Oberbürgermeister in Schwäbisch Gmünd von 1934 bis 1945, war eines jener berühmten Rädchen, ohne das sich in allen Bereichen nichts dreht. Mr. Bernhard Taper schrieb 1949 einen neunseitigen Artikel, der sich mit der OB-Wahl in Schwäbisch Gmünd (Konrad gegen OB Franz Czisch) befasste. Er schrieb auch den bedenkenswerten Satz: »Hitler brauchte beide Typen von Nazis, den Strassenkämpfer-Typ und den achtbaren Typ, den einen, um die Macht zu erringen, den anderen, um sie zu halten.«[56]

Franz Merkle

Quellen

Es werden folgende Abkürzungen bei den Quellenangaben verwendet:

GR: Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats der Stadt Schwäbisch Gmünd. Angegeben wird das Jahr und der entsprechende §, aus dem zitiert wurde.

StA: Staatsarchiv Ludwigsburg: EL 902/7 Bü 7982, EL 905/ Bü 133, EL 905/4 Bü 1215, E 180//Bü 560, E 180 II Bü 3182

PA: Personalakte OB Franz Konrad: 1. bis zur Zuruhesetzung 1945, 2. nach der Wiederwahl 1954

RP: Remstalpost/ Gmünder Zeitung

ZGS: Zeitgeschichtliche Sammlung des Stadtarchivs Gmünd, Sammlung zu Franz Konrad

GStG: Geschichte der Stadt Schwäbisch Gmünd, Theiss-Verlag, Stuttgart 1984, hrsg. Vom Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd, hier der Artikel von Lämmle: Schwäbisch Gmünd von 1894-1945, S. 366 ff

Anmerkungen s. S. 303

BAUVEREIN
Schwäbisch Gmünd eG

gut und sicher wohnen

Seit 113 Jahren die zuverlässige und kompetente Vermietungsgenossenschaft in Schwäbisch Gmünd

Wir übernehmen Verantwortung für unsere Mitglieder und die Region durch

- langjährige Erfahrung in der Wohnungswirtschaft
- Mietwohnungen in fast allen Größen und Ausstattungen
- lebenslanges Dauerwohnrecht
- Wohn- und Lebensqualität zu fairen Konditionen
- mitgliedsnahe fachkundige Betreuung und Verwaltung
- vielfältige Serviceangebote
- attraktives Wohnumfeld und stabile Nachbarschaften
- Jährliche Dividende
- sicheres und zeitgemäßes Wohnen

Justinus-Kerner-Straße 17,
73525 Schwäbisch Gmünd
Telefon (0 71 71) 6 69 92
www.bauverein-gmuend.de

Markus Friedrich. Berlin 2007 (Pluralisierung & Autorität 9), S. 425–450. – Markus Friedrich: Das Hör-Reich und das Sehe-Reich. Zur Bewertung des Sehens bei Luther und im frühneuzeitlichen Protestantismus. In: Evidentia, S. 451–480. – Bridget Heal: The Catholic Eye and the Protestant Ear: the Reformation as a Non-Visual Event? In: The Myth of Reformation. Hrsg. von Peter Opitz. Göttingen 2013 (Refo500 Academic Studies 9), S. 321–355. – Die Chronik von Clemens Sender von den ältesten Zeiten der Stadt bis zum Jahre 1536. In: Die Chroniken der schwäbischen Städte. Augsburg Band 4. Leipzig 1894 (Nachdruck Göttingen 1966), S. 1–404. – Chronica Der Weitberuempten Keyserlichen Freyen vnd deß H. Reichs Statt Augspurg in Schwaben [...]: / Auß Deß [...] Marx Welsers deß Jüngern [...] acht Büchern [...] gezogen [...] in vnser teutschen Spraach in Truck verfertigt, Durch Engelbertum Werlichium. Frankfurt a. M. 1595. – Norbert Lieb: Die Fugger und die Kunst im Zeitalter der hohen Renaissance. München 1958 (Schwäbische Forschungsgemeinschaft bei der Kommission für Bayerische Landesgeschichte. Reihe 4, Band 4. Studien zur Fuggergeschichte 14), S. 267. – Jörg Rasmussen: Bildersturm und Restauration. In: Welt im Umbruch. Augsburg zwischen Renaissance und Barock. Band 3: Beiträge. Hrsg. von den Städtischen Kunstsammlungen Augsburg und dem Zentralinstitut für Kunstgeschichte in München. Augsburg 1981, S. 95–114. – Franz A. Hoeynck: Geschichte der kirchlichen Liturgie des Bisthums Augsburg. Mit Beilagen: Monumenta liturgiae Augustanae. Augsburg 1889. – Christian von Burg: Zechpfleger Marx Ehem stürmt mit Waffengewalt die St. Moritzkirche und lässt Anton Fuggers Bild des Himmelfahrts-Christus auf dem Kirchenboden zerschellen. In: Bildersturm 2000 (siehe oben S. 302), S. 132f. – Anneliese Sprengler-Ruppenthal: Kirchenordnungen II. Evangelische. 1. Reformationszeit. In: Theologische Realenzyklopädie 18, 1989, S. 670–703. – Die evangelischen Kirchenordnungen des XVI. Jahrhunderts. Begründet von Emil Sehling. Württemberg I. Teil: Die Grafschaft Hohenlohe. Bearbeitet von Gunther Franz. Tübingen 1977 (Die evangelischen Kirchenordnungen 15), S. 76f.

Sinnebenen einer Neuinszenierung: Georg Witzel: Psaltes Ecclesiasticus. Chorbuch der Heiligen Catholischen Kirchen [...]. Mainz 1550, Zitat S. 162v. – Anselm Manhardt: Predig[t] Auf das Fest Himmelfahrt Christi. In: Manhardt: Ehren=reiche Sitten=Reden / Sitten=reiche Ehren=Reden / Das ist: Predigen Auf alle Vornehmste Fest=Täg des Herrn. [...]. Augsburg 1739, S. 54–61, Zitate S. 49, 53. – Bernhard von Clairvaux: Sermones super Cantica Canticorum. Predigten über das Hohe Lied. 21. Predigt. In: Bernhard von Clairvaux, Sämtliche Werke lateinisch/deutsch. Hrsg. von Gerhard B. Winkler. Band 5, Innsbruck 1994, S. 291–307. – Devotio moderna. Basic Writings. Translated and introduced by John van Engen. Preface by Heiko A. Oberman. Mahwah, N.J. 1988 (The Classics of Western Spirituality), Zitat Gerard Zerbolt van Zutphen S. 246. – Johann Arndt: Anmutiges Paradis-Gärtlein voller Christlichen Tugenden: Solche Durch andächtige und geistreiche Gebette in die Seele zu pflanzen. Tübingen 1738, Zitat S. 294f. – Émile Bertaud, André Rayez: Échelle spirituelle. In: Dictionnaire de spiritualité 4,1, 1960, Sp. 62–86. – Ulrich Köpf: Aufstiegsschemata. In: Wörterbuch der Mystik. Unter Mitarbeit zahlreicher Fachwissenschaftler hrsg. von Peter Dinzelbacher. 2., ergänzte Auflage Stuttgart 1998 (Kröners Taschenausgabe 456), S. 35–37. – Volker Leppin: Die christliche Mystik. München 2007 (Beck'sche Reihe 2415). – Grete Lüers: Die Sprache der deutschen Mystik des Mittelalters im Werke der Mechthild von Magdeburg. München 1966 (Nachdruck Darmstadt 1966), S. 308f. (ziehen). – Mechthild von Magdeburg: Das fließende Licht der Gottheit. Zweisprachige Ausgabe. Aus dem Mittelhochdeutschen übersetzt und hrsg. von Gisela Vollmann-Profe. Berlin 2010, II,20, S. 108, 16–19. – Hermann Ühlein: Kirchenlied und Textgeschichte. Literarische Traditionsbildung am Beispiel des deutschen Himmelfahrtsliedes von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Würzburg/St. Ottilien 1995 (Pietas liturgica studia 10). – Ansgar Franz: Ihr Christen, hoch erfreuet euch. In: Geistliches Wunderhorn. Große deutsche Kirchenlieder. Hrsg., vorgestellt und erläutert von Hansjakob Becker u.a. München 2001, S. 372–379.

Müller, Die Hitlerjugend in Schwäbisch Gmünd
Quellen

[1] Ulrich Müller: Zur Geschichte der Gmünder NSDAP, in: Gmünder Studien 8, 2010, S.187
[2] Wie Anm.1, S.189
[3] Wie Anm.1, S.189
[4] Rems-Zeitung vom 27.01.1934
[5] Stadtarchiv Schw. Gmünd, Chronik der Landsknechte S.6
[6] Landeskirchliches Archiv Stuttgart, Augustinusgemeinde Schwäbisch Gmünd, Protokoll des Kirchengemeinderats 1934 §3, S.216
[7] Staatsarchiv Ludwigsburg, EL 902/7 Bü 7397, S.86
[8] Wie Anm. 7
[9] Rems-Zeitung vom 22.01.1934
[10] Ernst Lämmle: Schwäbisch Gmünd in den Anfangsjahren des Dritten Reiches, in: Einhorn-Jahrbuch 1975, S.120 und wie Anm. 7
[11] Wie Anm. 5, 16
[12] Rems-Zeitung vom 9.12.1935
[13] Stadtarchiv Schw. Gmünd, Reg. 1249, Konzept Baurat Dr. Schneider
[14] Wie Anm. 13, Schreiben vom 7.10.1933
[15] Wie Anm. 13, Schreiben vom 7.05.1935
[16] Wie Anm. 13, Schreiben vom 18.12.1935
[17] Wie Anm. 13, OB Konrad vom 20.01. und 17.04.1937
[18] Wie Anm. 13, 18.06.1945
[19] Wie Anm. 5, S.13
[20] Wie Anm. 5, S.19
[21] Wie Anm. 5, S.10
[22] Wie Anm. 5, S.15
[23] Gmünder Geschichtsblätter 1983, o.S.
[24] Rems-Zeitung vom 21.04.1938
[25] Staatsarchiv Ludwigsburg, Bestand EL 902/7 Bü 2216
[26] Stadtarchiv Schw. Gmünd, Reg. 1249, 21.04.1938
[27] Staatsarchiv Ludwigsburg PL 502/12, Bü 434, 8/99, 6.11.1940
[28] Ernst Lämmle: Schwäbisch Gmünd in der NS-Zeit – Die Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg, in: Einhorn-Jahrbuch 1978, S.142
[29] Wie Anm. 25, 14.01.1947, S.52
[30] Wie Anm. 25, 14.01.1947, S.53
[31] Wie Anm. 25, 23.03.1948, S.237
[32] Wie Anm. 25, 26.02.1947, S.76
[33] Wie Anm. 25, 21.05.1947, S.98
[34] Wie Anm. 25, 6.06.1947, S.144
[35] Wie Anm. 25, 6.06.1947, S.144 und 21.01.1947, S.57
[36] Wie Anm. 7, S.122
[37] Stadtarchiv Schw. Gmünd, Reg. 1249, 26.10.1944
[38] Stadtarchiv Schw. Gmünd, Reg. 1248
[39] Wie Anm. 38, 10.03.1944
[40] Wie Anm. 38, 23.03.1945

Merkle, Der gegebene Mann für Schwäbisch Gmünd
Anmerkungen

[1] RP, Samstag, 3.11. 1934 , o. S., [2] StA 4, [3] GR 1934 § 278,
[4] ZGS
[5] Freundliche Auskunft durch die ehemalige Stadtarchivarin der Stadt Laupheim, Frau Anna Spiesberger, am 22. 8. 2013. Das erwähnte Gemeinderatsprotkoll Laupheim ist vom 2.1. 1934
[6] RP, Mo., 5.11.1934, Nr. 257, o. S.

[7] GR 1934 § 337. Leider fehlt der Beleg Nr. 15, Ausführungen der Reden bei der Amtseinführung. Vermutlich herausgetrennt durch die Landes- und Militärregierung für die Spruchkammerverfahren nach 1945.
[8] siehe RP vom 3. 11. 1934, Lokalteil aus Gmünd, o. S.
[9] GR 1934 § 387. Vgl. die entsprechende Fachliteratur zur weiteren reichsweiten Entwicklung nach der »Arisierung« jüdischer Warenhäuser. Diese wurden nicht zerschlagen oder aufgelöst, sondern in deutschem Besitz weitergeführt.
[10] GR 1935 §1, [11] GR 1935 § 70, [12] GR 1935 § 105,
[13] GR 1935 § 267, [14] GR 1935 §405, [15] GR 1937 § 136,
[16] PA 1, Blatt 52 b, [17] GR 1935 § 639, [18] GR 1935 § 583,
[19] GR 1935 § 708, [20] GR 1935 § 310, Beil. Nr. 6,
[21] GR 1936 § 24, [22] GR 1936 § 91, [23] GR 1936 § 161,
[24] GR 1935 § 139, [25] GStG, S. 413, [26] GR 1936 §665,
[27] GR 1937 § 100, [28] GR 1937 § 313, [29] GR 1937 § 500,
[30] GStG, S. 446, [31] GR 1938 § 358, [32] PA 1, Blatt 101,
[33] GR 1939 § 168, [34] GR 1939 § 195, [35] GR 194O § 42,
[36] GR § 56, [37] GR 1944 § 29, [38] GR 1940 § 112,
[39] GR 1941 § 53, [40] GR § 59, [41] GR 1941 § 60,
[42] GR 1941 § 67, [43] Rems-Zeitung, 22. 5. 1957
[44] Über die bald nach seiner Wiederwahl 1954 einsetzenden Differenzen siehe PA 2, hier Schreiben von Bürgermeister Ruisinger an den Stadtrat vom 5. 9. 1956
[45] GR 1941 § 41, [46] GR 1942 § 6, [47] GR 1942 § 21,
[48] GR 1943 § 11, [49] GR 144, S. 10 ff, [50] GR 1944 v. 6.4. 44, S. 47 ff, [51] GR 1944, 25. 8., S. 107 ff, [52] StA 2, [53] StA 3
[54] Siehe einhorn Jahrbuch 2013, Schwäbisch Gmünd, Franz Merkle: Es lebe die Freiheit – das kurze Leben des Robert Haidner, S. 294 ff und ders.: Das mühsame Leben des Heinrich Probst, S. 299 ff, [55] StA 3
[56] Bernhard Taper, »Heil Free Elections« in: Harpers Magazine, Februar 1949, S. 4

Kitzing, Karl Mocker
Anmerkungen
[1] Karl Mocker: Baden-Württemberg und die Vertriebenen, In: Odo Ratza (Hrsg.): Karl Mocker. Ein Vorkämpfer für das Recht auf Heimat. Bonn 1990, S. 22-29, die Zitate: S. 24 und S. 22 (die Rede wurde auf dem ersten Landesverbandstag des BdV am 9.11.1952 gehalten).
[2] Vgl. Staatssekretär Mocker berichtet über seine Arbeit. Ausführungen vor dem erweiterten Landesvorstand und den Landesobmännern der Landsmannschaften am 21. März 1976 in Stuttgart. In: BdV-Nachrichten vom April 1976, wieder abgedr. in: Ratza: Karl Mocker (wie Anm. 1), S. 29-35.
[3] Gustav Wabro: Eckpfeiler Südwest der Vertriebenenbewegung – ihr Steuermann durch drei Jahrzehnte: Dr. Karl Mocker. In: Ratza: K. Mocker (wie Anm. 1), S. 62-65.
[4] Michael Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundesverbandes der Vertriebenen und das »Dritte Reich«. München 2012; zur Entstehungsgeschichte des Gutachtens vgl. Mathias Beer: Rezension zu: Schwartz Michael: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundesverbandes der Vertriebenen und das »Dritte Reich«. München 2012, in: H-Soz-u-Kult, 07.05.2013, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2013-2-0390.
[5] Vgl. Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit (wie Anm. 4), S. 198-201. – An dieser Stelle sei Herrn Prof. Dr. Schwartz für die Durchsicht des Manuskripts sowie ergänzende Hinweise herzlich gedankt.
[6] Ebd., S. 199., [7] Ebd., S. 200., [8] Ebd.
[9] Zum nachfolgend geschilderten Spruchkammerverfahren und den bisweilen unscharfen Aussagen Mockers vgl. Staatsarchiv Ludwigsburg (=StAL) EL 902/7, Bü 10084, Entnazifizierungs-Akte Dr. Karl Mocker; auch Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit (wie Anm. 4), S. 310-315.
[10] Dr. Karl Mocker, Schwäbisch Gmünd, Entnazifizierungsmeldebogen vom 03.09.1946, in: StAL, EL 902/7, Bü 10084; vgl. auch Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit (wie Anm. 4), S. 497.
[11] Zur weiteren »Karriere« Mockers in den Jahren des Zweiten Weltkrieges vgl. Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit (wie Anm. 4), S. 496-504.
[12] Zum Schicksal Mockers im ersten Nachkriegsjahr ebd.
[13] Opposition spricht von einer »Hetzrede«. Scharfe Kritik an Staatssekretär Mocker. In: Schwäbische Zeitung Leutkirch 28.03.1974.
[14] Für den Hinweis auf die im Folgenden referierten Streitigkeiten danke ich Prof. Dr. Michael Schwartz.
[15] Lothar Späth: Karl Mocker als Wegweiser für die Vertriebenen in Baden-Württemberg auf ihrem Wege zu einer staatstragenden Rolle. Rede vom 27. November 1985. In: Ratza: Karl Mocker (wie Anm. 1), S. 57-61.
[16] Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit (wie Anm. 4), S. 198.

Müller, Franz Konrad
Anmerkungen
[1] Sonderprüfungsausschuss der Militärregierung vom 7.07.1948, Staatsarchiv Ludwigsburg EL 905/133 Verwaltungsakten (SPA)
[2] Beschluss der Zentralspruchkammer Nord-Württemberg vom 12.06.1950 in Sachen Franz Konrad, Staatsarchiv Ludwigsburg EL 902/7 Spruchkammer 14 Schwäbisch Gmünd, 7982 (Spruchkammerakte)
[3] Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd, Gemeinderatsprotokoll 1948, S. 461
[4] Ernst Lämmle: Bedrängte Kirche, in: Einhorn Jahrbuch 1976, S. 151
[5] StA Schwäb. Gmünd, Gemeinderatsprotokoll 1941, §15/4
[6] StA Schwäbisch Gmünd, Gemeinderatsprotokoll 1941, §61, S. 144/45
[7] StA Schwäbisch Gmünd, Gemeinderatsprotokoll 1941,§45, S. 104
[8] StA Schwäbisch Gmünd, Gemeinderatsprotokoll 1941, §60, S. 143/44
[9] Heinz-Dieter Heiss: Das Städtische Krankenhaus im Spital zum Heiligen Geist zu Schwäbisch Gmünd, 2007, S. 55
[10] StA Schwäb. Gmünd, Gemeinderatsprotokoll 1941, §59
[11] StA Schwäb. Gmünd, Gemeinderatsprotokoll 1937, §472
[12] Siehe Anm. 9, S. 56
[13] StA Schwäbisch Gmünd, Tagebuch der Oberinnen Spital zum Hl. Geist von 1852–1965, S.13
[14] Siehe Anm. 13, S. 83
[15] StA Schwäb. Gmünd, Gemeinderatsprotokoll 1943, §4

Rodi, Das Taubental
Literatur
Evangelisches Dekanatamt Schwäbisch Gmünd, katholisches Münsterpfarramt, Schönblick. Christliches Gästezentrum Württemberg (Hrsg.): Lebensweg im Taubental. 1. Auflage 5/2015, 24 S.
Landesgartenschau Schwäbisch Gmünd 2014 (Hrsg.): Traumhaft. Der offizielle Rückblick zur Landesgartenschau 2014. Schwäbisch Gmünd 2014, 169 S.
Landesgartenschau Schwäbisch Gmünd 2014, Stadt Schwäbisch Gmünd, Ostalbkreis, Forst BW (Hrsg.): Mensch! Wald, Faltblatt April 2014, 12 S.
Naturkundeverein Schwäbisch Gmünd (Hrsg.): Taubental/Nepperberg. einhorn Verlag+Druck GmbH, 2012, 194 S., dort weitere Literaturangaben.
Pavel, K. (Hrsg.): Ostalb erleben. Landesgartenschau 2014. Ostalbkreis 11/2014, 102 S.
Wentenschuh W. G. (Hrsg.): Glückliches Schwäbisch Gmünd – eine Stadt blüht auf. Landesgartenschau 2014. Eigenverlag 1. Auflage Oktober 2014, 254 S.

einhorn Jahrbuch
Schwäbisch Gmünd 2015

einhorn

© 2015 by einhorn-Verlag+Druck GmbH

einhorn Jahrbuch Schwäbisch Gmünd
42. Jahrgang/2015
Gegründet von Eduard Dietenberger

Gesamtherstellung
einhorn-Verlag+Druck GmbH

Druck
Fischer Druck, Schwäbisch Gmünd

Redaktion
Birgit Markert, Kathrin Klar

Gestaltung
Jasmina Hutter, Jacqueline Oettle, Christina Rusam

Für Anzeigen verantwortlich
Jörg Schumacher

Bildnachweis Seite 4 + 5:
Sarah Haas (Seebühne)
Hartmut Hientzsch (Winterbild)

Sollten Rechteinhaber nicht genannt sein, oder konnten sie nicht eruiert werden, wird um Meldung mit entsprechenden Nachweisen gebeten, damit die Inhaber in künftigen Auflagen berücksichtigt bzw. ihre Ansprüche im Rahmen der üblichen Vereinbarungen abgegolten werden können.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form ohne schriftliche Genehmigung reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

ISSN 0723-0877
ISBN 978-3-95747-030-0

1. Auflage, Dezember 2015
Printed in Germany

www.einhornverlag.de